

Münchener Friedenswochen
„Es ist Krieg. Entrüstet euch!“



Kriegspolitik und Wirtschaftsinteressen von NATO und EU

Bekämpfung der Armen statt Armutsbekämpfung

Vortrag und Diskussion mit Jürgen Wagner

Politikwissenschaftler und geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Die neoliberale Globalisierung hat zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt, die durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschärft wird. Die Folge werden zunehmende Armutskonflikte in der so genannten Dritten Welt sein, so auch die Einschätzung zahlreicher Militärstudien. Anstatt dieser Entwicklung durch die Etablierung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung entgegenzuwirken, versuchen NATO und Europäische Union mit militärischen Mitteln den Dampfkessel dieser Globalisierungskonflikte unter Kontrolle zu bringen. Der Vortrag beleuchtet diese Strategien zur Absicherung des neoliberalen Systems, die u.a. am 19./21. November 2010 beim NATO-Gipfel in Lissabon in die Verabschiedung der neuen NATO-Strategie mit einfließen werden.

Montag, 22. November 2010, 19:00 Uhr

EineWeltHaus, Großer Saal

Schwanthalerstr.80, U4/U5 Theresienwiese

Eintritt 5 € / 3 €

Münchener Friedensbündnis
www.muenchner-friedensbuendnis.de

Attac München
www.attac-muenchen.org



 **attac**münchen
www.attac-muenchen.org

Globalisierung, Armut und Krieg

Die Krise des Neoliberalismus und die militärischen Reaktionen des Westens

Das Thema Globalisierung und Krieg ist vielschichtig, es berührt mindestens fünf Bereiche, die hier behandelt werden sollen.

Erstens geht die beobachtbare Erosion der westlichen Vorherrschaft mit wachsenden Konflikten mit den "neuen Rivalen" (China und Russland) einher. Diese Auseinandersetzungen drehen sich ganz wesentlich auch um die Frage, wer künftig die Regeln der Weltwirtschaftsordnung bestimmen wird;

zweitens ist die vom neoliberalen Weltwirtschaftssystem verursachte Armut ein wesentlicher Faktor für Kriege und Konflikte in der so genannten Dritten Welt. Diese müssen aus westlicher Sicht immer häufiger militärisch "stabilisiert" werden, bevor sie außer Kontrolle zu geraten drohen (und hierdurch ggf. westliche Interessen gefährden);

drittens haben sich Art und Charakter westlicher Militärinterventionen fundamental verändert. Nicht mehr der Sieg über eine feindliche Armee steht heute im Vordergrund, sondern die langfristige Besatzung und der Umbau der Gesellschaftsordnung der okkupierten Länder. Da dies einen ungleich höheren Personalbedarf erfordert, als "klassische" Militärinterventionen, wird derzeit an Strategien gefeilt, die Techniken zur effektiven Besatzung und Aufstandsbekämpfung zu verfeinern;

viertens werden im Zuge westlicher Militärinterventionen die jeweiligen Länder im Rahmen militärischer Besatzungen einem radikalen neoliberalen Umbau unterzogen, der die soziale Lage weiter verschlimmert; schließlich führt dies

fünftens dazu, dass der Widerstand immer weiter zunimmt, weshalb sich der Westen auf wachsende Auseinandersetzungen vorbereitet.

Aufstandsbekämpfung rückt weiter ins Zentrum der Militärplanung

Folgerichtig rückt die Aufstandsbekämpfung immer weiter ins Zentrum der Militärplanung – und zwar für das Ausland, wie auch für das Inland, denn auch dort wird davon ausgegangen, dass die immer krasser werdenden sozialen Gegensätze im Notfall den Einsatz des Militärs zur Absicherung der herrschenden Ordnung erfordern werden....

Die westliche Bereitschaft, Sozialproteste im Notfall auch militärisch zu unterdrücken wächst und zwar nicht nur in fern entlegenen Gebieten oder al-

lenfalls an der EU-Peripherie, sondern zunehmend auch innerhalb des kapitalistischen Zentrums selbst, da sich auch dort die Auseinandersetzungen immer weiter verschärfen. Die Zusammenhänge zwischen Neoliberalismus und Krieg zeigen auch, dass eine radikale Veränderung der westlichen Wirtschaftsweise eine integrale Kernforderung der Friedensbewegung sein muss.

Umso zynischer ist die Praxis westlicher Besatzungspolitik, die eben jene neoliberalen Umstrukturierungen – mit vorgehaltener Pistole – oktroyiert, die ganz wesentlich Teil des Problems, nicht der Lösung sind. Der Fisch stinkt vom Kopf, dem Wirtschaftssystem, und genau dort muss kluge Friedenspolitik ansetzen - nicht bei dem mühsamen Versuch, den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte notdürftig militärisch unter Kontrolle zu halten. Insofern sind jegliche Versuche, die Interventionsstrategien zur "Stabilisierung" des ausbeuterischen neoliberalen Systems zu optimieren – seien es Sicherheitssektorreformen oder die Zivil-militärische Zusammenarbeit – kompromisslos abzulehnen.

Zu warnen ist aber auch vor einem allzu großen Enthusiasmus gegenüber den "Herausforderern" – Russland und China. Tatsächlich eröffnet deren eher staatszentriertes Modell den Entwicklungsländern Spielräume, wie sich derzeit u.a. anhand der chinesischen Politik in Afrika zeigt. Deren autoritären Kapitalismus deshalb jedoch als progressive Alternative hochzujubeln kann und darf keine linke Position sein. Auch dies zeigt die chinesische Afrika-Politik ebenso, wie die Versuche Pekings (aber auch Moskaus) Arbeiterproteste im eigenen Land ebenfalls militärisch zu deckeln.

Vor diesem Hintergrund muss die Friedensbewegung auf einen stärkeren Schulterschluss mit anderen sozialen Bewegungen hinarbeiten. Sie muss aufzeigen, dass und wie Militarisierung und Ausbeutung miteinander zusammenhängen, ihre Bündnispartner bei den von dieser Politik betroffenen suchen und so einen Beitrag leisten, um den Widerstand sowohl gegen die wirtschaftliche als auch die militärische Seite der herrschenden Weltordnung zu stärken.

Jürgen Wagner

IMI-Studie 2010/10 (Auszug), vollständig:
<http://imi-online.de/download/IMI-Studie2010-10.pdf>